

«Das Eigenkapital ist der Freund der Arbeitnehmer»

Steigt die Mehrwertsteuer bald auf 20 Prozent, wenn Unternehmen weiter steuerlich entlastet werden? – Argumente auf dem Prüfstand.

Reto Zanettin

BERN. Gerechnet oder sogar spekuliert wird bei Steuervorlagen oft. Auch bei der Abschaffung der Emissionsabgabe jonglieren Befürworter und Gegner mit Zahlen, Daten, Fakten und Szenarien. Was davon ist stichhaltig? Und welche Argumente erweisen sich bei genauem Hinschauen als mangelhaft? Christian Keuschnigg, Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen, hat im Gespräch mit den SN einiges zurechtgerückt.

1 Steuersenkungen für Firmen erhöhen Steuereinnahmen

Diese Geschichte hören wir immer wieder: Tiefe Steuern locken Unternehmen an. Jedes einzelne von ihnen liefert dann zwar weniger an den Fiskus ab. Doch insgesamt nimmt der Staat wieder mehr ein. Finanzminister Ueli Mauer formuliert es so: «Wir brauchen gute Rahmenbedingungen für Unternehmen, damit wir entsprechende Steuereinnahmen haben. Wenn wir heute eine solide Situation haben, ist sie insbesondere auf die Unternehmenssteuern zurückzuführen.» Laut Keuschnigg gleichen Mehreinnahmen durch Steuersenkungen die Mindereinnahmen zu etwa 30 bis 40 Prozent aus. Wenn die Emissionsabgabe fällt, verliert der Bund zunächst 250 Millionen jährlich. Gut ein Drittel, also rund 80 Millionen, kommt zurück. Keuschnigg sagt: «Eine vollständige Selbstfinanzierung wäre ausserordentlich, und es wäre riskant, davon auszugehen.»

2 Streichung der Emissionsabgabe macht Unternehmen robust

In den Augen der Befürworter ist klar: Eine Firma mit solidem Eigenkapital übersteht Stürme besser als Unternehmen, die auf wackligen Beinen stehen. Deshalb findet Bundesrat Mauerer: «Wir wollen Firmen, die ein hohes Eigenkapital haben und die robust sind in Krisen.» Im Interesse der Krisenfestigkeit sollte die Eigenkapitalbildung gestärkt werden, bestätigt Keuschnigg. Eine Abschaffung der Emissionsabgabe hält er daher für sinnvoll. «Denn das Eigenkapital wirkt wie eine Versicherung der Arbeitseinkommen. Es ist der Freund der Arbeitnehmer.»

Kredite vermöchten dies hingegen nicht, weil Banken bei den Zinsen nicht nachgeben können. Daher: «In Krisen, wenn Verluste entstehen, brauchen Unternehmen das Eigenkapital, um weiterhin Löhne und Rechnungen zu bezahlen», so der Wirtschaftspraxisprofessor.

3 Die Emissionsabgabe verteuert Investitionen

Eine neue IT, eine zusätzliche Fabrikhalle oder Lastwagen und Maschinen – wenn Firmen investieren, nehmen sie Eigenkapital



Finanzminister Ueli Maurer macht sich Gedanken um den Steuerstandort Schweiz.

BILD KEY

in die Hand. Die Emissionsabgabe verteuert es, weshalb die Unternehmen eher Kredite aufnehmen, sich also verschulden, schreibt der Bundesrat. «Hohe Schulden bergen aber Risiken für die Volkswirtschaft.» Damit hat er gemäss Keuschnigg recht: «Überschuldung ist die Hauptursache für Krisen», sagt er. Umso wichtiger wäre es, dass das Eigenkapital entlastet werde. Für Investitionen verwenden die Firmen zum Grossteil einbehaltene Gewinne, brauchen aber auch Aktienkapital, wie der Professor ausführt. «In jedem Fall geht Eigenkapital dem Fremdkapital vor. Dieses erhält man bei der Bank gar nicht erst, wenn man keine Eigenmittel besitzt.»

4 Ohne die Emissionsabgabe bleibt die Schweiz steuerlich attraktiv

Noch vor Weihnachten hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die detaillierten Regeln veröffentlicht, damit internationale Konzerne global eine Mindeststeuer von 15 Prozent entrichten müssen – was dem Schweizer Finanzminister Sorgenfalten ins Gesicht treibt. Die weltweite Mindeststeuer

bedeute für den Bund, «dass wir jetzt in den Unternehmensstandort Schweiz investieren müssen». Die Emissionsabgabe trage dazu bei.

Keuschnigg spricht zurückhaltender in der Möglichkeitsform: «Die OECD-Mindeststeuer könnte die Attraktivität der Schweiz im Vergleich zum Ausland schwächen. Also muss man über neue Standortreize nachdenken.» Die Abschaffung der Emissionsabgabe hält er für eine sinnvolle Massnahme.

5 Bald werden nur noch Konsum und Einkommen besteuert

Mit diesem Argument ziehen die Gegner in den Abstimmungskampf. Sie beziehen sich auf einen Bericht aus Maurers Finanzdepartement mit dem Titel «Steuerstandort Schweiz». Tatsächlich steht darin der Leitsatz: «Vorwiegend werden Einkommen und Konsum besteuert.» Konzerne und Grossaktionäre müssten nichts mehr bezahlen, folgert das Referendumskomitee daraus. Keuschnigg sieht es anders: «Alle bezahlen Steuern, insbesondere die Mehrwertsteuer. Unternehmensgewinne, die als Dividenden

ausbezahlt werden, sind Einkommen, die für Konsumgüter ausgegeben werden.» Wohl würden Löhne als Einkommen und beim Konsum besteuert. Doch Unternehmer bezahlen Gewinnsteuer, Dividendensteuer und später die Vermögenssteuer. «Alles in allem gibt es in der Schweiz keine Unterbesteuerung von Kapital.»

6 Die Stempelsteuer ist die Mehrwertsteuer der Finanzwelt

Das ist ein weiteres Argument gegen die Abschaffung der Emissionsabgabe. Die Stempelsteuer gleiche aus, dass der Finanzsektor von der Mehrwertsteuer befreit sei. Ähnlich hat selbst der Bundesrat schon argumentiert. Falsch ist das nicht, aber unvollständig: «Die Emissionsabgabe schliesst die Lücke der Mehrwertsteuer nur im Finanzsektor. Die Realwirtschaft bezahlt doppelt: Stempel- und Mehrwertsteuer», erklärt Keuschnigg.

7 Die Abschaffung nützt den KMU nichts

In den letzten Jahren hätten nur wenige Unternehmen eine Emissionsabgabe bezahlt. Von der Abschaffung der Emissionsabgabe profitierten also wenige grosse Firmen. Die vielen KMU hätten nichts davon. «Es kommt nicht darauf an, wie viele Unternehmen in den letzten Jahren eine Emissionsabgabe geleistet haben und ob ein Prozent viel oder wenig ist», erklärt Keuschnigg. «Entscheidend ist, dass wir ein Steuersystem pflegen, das den Firmen im Krisenfall Spielraum lässt – es kann jedes Unternehmen jederzeit treffen.» Gerade das klingt wie Hohn in den Ohren der Gegner. Sie beklagen die «unsägliche Salamiaktik», mit der Firmen via Unternehmenssteuerreformen und mehrfacher Stempelsteuerreduktion privilegiert worden seien. Wenn das so weitergehe und schliesslich alle kapitalbasierten Steuern dahinfliessen, werde es für Herr und Frau Schweizer teuer.

8 Die Bürger werden für die Steuerausfälle bezahlen müssen

Aktuell beträgt die Mehrwertsteuer 7,7 Prozent. Dieser Normsatz könnte auf 20 Prozent steigen, wenn die Emissionsabgabe abgeschafft und die Unternehmen in Zukunft nochmals zusätzlich von Steuern entlastet werden. Diese Befürchtung der Sozialdemokraten, Grünen und Gewerkschaften teilt Christian Keuschnigg nicht: «Würde der Mehrwertsteuersatz tatsächlich auf 20 Prozent steigen, würde die Kaufkraft massiv schwinden. In der Schweiz ist ein solches Szenario unrealistisch, selbst wenn Unternehmenssteuern weiter sinken.»

Hinzu kommt, die Mehrwertsteuersätze sind in Verfassung und Gesetz geregelt. Änderungen brauchen also den Segen des Volkes.

«Entscheidend ist, dass wir ein Steuersystem pflegen, das den Firmen im Krisenfall Spielraum lässt.»

Christian Keuschnigg
Professor für Ökonomie an
der Universität St. Gallen

Homeoffice statt Kaserne: RS startet für viele zu Hause

BERN. Um die Gesundheit aller Armeeangehörigen zu schützen, beginnt für knapp ein Drittel der rund 11200 Rekrutinnen und Rekruten die Winter-Rekrutenschule am 17. Januar zu Hause im «Distance Learning». Sie rücken erst am 31. Januar physisch ein. Alle Armeeangehörigen müssen bereits vor dem physischen Einrücken in den Dienst einen PCR-Test oder einen Antigen-Schnelltest machen und dürfen nur mit negativem Resultat einrücken, wie die Armee gestern weiter mitteilte. Positiv getestete Rekrutinnen oder Rekruten würden aufgefordert, zuhause zu bleiben und – sofern es der Gesundheitszustand zulasse – bereits mit dem Distance Learning zu beginnen. Die Eingerückten würden im Verlauf der ersten RS-Woche nochmals auf das Coronavirus getestet.

Die Rekrutinnen und Rekruten können sich im Distance Learning theoretische Grundkenntnisse des Militärs und des militärischen Alltags aneignen sowie ein vorgegebenes Sporttraining absolvieren. Das Distance Learning umfasst rund sechs Stunden Selbststudium pro Tag sowie vier Stunden Sporttraining pro Woche. Der Lernerfolg wird nach dem Einrücken überprüft und die Tage im Distance Learning werden als Dienstage angerechnet. Auch die rund 2500 Kader rücken nicht alle gleichzeitig ein, wie die Armee weiter schreibt. Für rund ein Drittel von ihnen startet der Kadervorkurs (KVK) am 10. Januar ebenfalls per Distance Learning. Betroffen sind demnach die Kader der Schulen, deren Rekrutinnen und Rekruten ebenfalls später physisch einrücken. (sda)

Anzeigen

STELLENANGEBOTE

PÄDAGOGIK/MEDIZIN/SOZIAL



Die SCHAFFHAUSER SONDRSCHULEN sind eine selbständige öffentlich-rechtliche Institution des Kantons Schaffhausen. Mehr als 250 Kinder und Jugendliche mit einer körperlichen und/oder kognitiven Beeinträchtigung, mit einer Sprach-, Hör- oder anderen tiefgreifenden Entwicklungsbeeinträchtigung werden bei uns zurzeit integrativ oder separativ geschult und gefördert.

Auf **1. August 2022** oder **nach Vereinbarung** suchen wir

zwei Schulleitungen für unseren **Bereich geistige Behinderung (60-100%)**

Die detaillierten Stellenausschreibungen finden Sie in unserem Webauftritt www.shss.ch

A1522566




Kanton Schaffhausen

Möchten Sie zu einem gut funktionierenden Gemeinwesen beitragen und einen wertvollen Dienst an der Gesellschaft leisten? Aktuell haben wir folgendes Stellenangebot:

Primar- und Sekundarstufe I
Schulinspektor Primarstufe (m/w), 80 - 100%

Diese und alle anderen offenen Stellen finden Sie auf unserer Webseite: www.sh.ch/stellenangebote

A1522605

Relevant.

Schaffhauser Nachrichten